

Antrag

der Abgeordneten Dr. Karl Addicks, Hellmut Königshaus, Dr. Werner Hoyer, Jens Ackermann, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Jörg van Essen, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Elke Hoff, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Michael Link (Heilbronn), Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Die Entwicklungszusammenarbeit mit Kenia auf den Prüfstand stellen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Kenia – eines der Schwerpunktpartnerländer in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit – galt in seiner ersten Entwicklungsphase nach der Unabhängigkeit von Großbritannien in 1963 als ein Musterbeispiel für die Entwicklung Afrikas. Unter Daniel arap Moi, der von 1978 bis 2002 Staatspräsident war, nahmen jedoch Korruption und Ineffizienz zu und Kenia wurde politisch instabil. Die Hoffnungen, die in den Nachfolger Mwai Kibaki von der National Rainbow Coalition Party (NARC) gesetzt worden sind, lassen sich leider zwei Jahre nach dem Machtwechsel nicht bestätigen. Mwai Kibaki war Ende 2002 mit dem Versprechen angetreten, die weit verbreitete Korruption in Kenia zu beenden. Doch nun häufen sich alarmierende Pressemeldungen über Korruption und undurchsichtige Zwischenfälle.

Der kenianische Präsident Mwai Kibaki ist seit einigen Wochen stark in die Kritik geraten, weil immer neue Details von Korruptionsfällen während seiner Amtszeit bekannt werden. Wegen des Verdachtes der Korruption hat die kenianische Polizei am 14. Februar 2006 allein 20 prominente Politiker und Geschäftsleute aufgefordert, ihre Pässe abzugeben. Der vom Präsidenten bestellte ehemalige Korruptionsbeauftragte John Githongo ist bereits im Jahr 2005 nach Todesdrohungen nach London geflohen. John Githongo betont in einem kürzlich an die Öffentlichkeit gelangten Bericht, dass er Mwai Kibaki regelmäßig über seine Untersuchungen informiert habe. Seit 2002 sollen Bestechungsgelder bis zu einer Milliarde US-Dollar gezahlt worden sein.

Die Weltbank hat aufgrund der bestehenden Korruptionsvorwürfe die Auszahlung von insgesamt knapp 340 Mio. Franken an Krediten aufgeschoben. Das Geld soll erst ausgezahlt werden, wenn die Regierung in Nairobi ernsthafte Schritte zur Bekämpfung der Bestechlichkeit und des Diebstahls von Staatseigentum einleitet. Auch Großbritannien hat seine Budgethilfe an die kenianische Regierung eingestellt und sucht andere Wege der kenianischen Bevölkerung zu helfen.

Aktuell erreichen uns aus Kenia Informationen über erschreckende Eingriffe der kenianischen Polizei auf Veranlassung der Regierung in wichtige Geschäftsbereiche der „Standard Group“, der zweitgrößten Mediengruppe des Landes. Dem zuständigen Minister zufolge, soll diese Mediengruppe falsche Informationen verbreitet haben. Aus anderen Quellen ist jedoch zu erfahren, dass die Regierung damit versucht, von den Medien aufgedeckte Skandale zu vertuschen. Pressefreiheit ist ein wichtiger Teil der Anforderungen an Good Governance, welches ein Kriterium für die Vergabe von Entwicklungszusammenarbeitsmitteln sein muss. Deutschland muss ein deutliches Signal an die kenianische Regierung senden, dass es nicht gewillt ist, die Verletzung dieses elementaren Rechts folgenlos hinzunehmen. Gleichzeitig wäre dies ein ermutigendes Signal an die Zeitungsmacher und die Bevölkerung, dass die Unterdrückung ihrer Rechte bei uns nicht unbeachtet bleibt.

Zudem kämpft die kenianische Bevölkerung derzeit mit einer erschreckenden Dürrekatastrophe, die wiederum zeigt, dass die kenianische Regierung nicht in der Lage ist, die Probleme des Landes besser in den Griff zu bekommen. Präventive Landwirtschaftspolitik, die auf Dürrezeiten – eigentlich keine Ausnahmeerscheinung in dieser Region – vorbereiten könnte, wird nicht ausreichend geleistet.

Die Geschichte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Kenia hat eine lange Tradition. Dennoch wurde die bilaterale Hilfe an Kenia bereits im Jahr 1995 wegen der ausufernden Korruption und unzureichende Regierungsführung reduziert. Mit dem Machtwechsel in 2002 wurde die Entwicklungszusammenarbeit mit Kenia jedoch wieder ausgebaut, sogar mehr als verdoppelt und mit Sonderzusagen versehen. Mit der letzten Regierungszusage, die den Zeitraum 2004 bis 2005 abdeckt wurden insgesamt 58 Mio. Euro zugesagt. Die Unterstützung von Good Governance mit 3,0 Mio. Euro macht dabei nur etwa 5 Prozent der gesamten Zusagen aus. In diesem Jahr stehen nun weitere Regierungszusagen an Kenia an.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die kommenden Regierungszusagen für Entwicklungszusammenarbeit an strikte Kriterien der Korruptionsbekämpfung zu binden;
- bei Nichteinhalten der Kriterien durch die kenianische Regierung entsprechende Maßnahmen, wie die Reduzierung und im Notfall die Einbehaltung der Mittel, zu ergreifen;
- in den kommenden Regierungszusagen für Entwicklungszusammenarbeit verstärkt Projekte zur Förderung von Good Governance zu unterstützen;
- zukünftig auf derartige inakzeptable Vorgänge, wie die Beeinträchtigung der Medienberichterstattung schneller zu reagieren und im speziellen Fall mit der kenianischen Regierung das Vorgehen bei der vorübergehenden Schließung der Mediengruppe „Standard Group“ zu klären;
- die kenianische Regierung aufzufordern, die durch die vorübergehende Schließung der Mediengruppe „Standard Group“ eingeschränkte Meinungs- und Pressefreiheit wieder vollständig herzustellen, konfiszierte Gegenstände herauszugeben und Schadenersatz für zerstörtes Material zu leisten;

- die kenianische Regierung aufzufordern, aktive und vor allem präventive Landwirtschaftspolitik zu betreiben sowie die Transportinfrastrukturen zu schaffen, damit so die kenianische Bevölkerung bei immer wieder aufkommenden Dürren vor einer Hungersnot bewahrt werden kann.

Berlin, den 14. März 2006

Dr. Karl Addicks
Hellmut Königshaus
Dr. Werner Hoyer
Jens Ackermann
Christian Ahrendt
Daniel Bahr (Münster)
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Patrick Döring
Jörg van Essen
Otto Fricke
Horst Friedrich (Bayreuth)
Miriam Gruß
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan
Elke Hoff
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Heinz Lanfermann
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Michael Link (Heilbronn)
Horst Meierhofer
Patrick Meinhardt
Jan Mücke
Burkhardt Müller-Sönksen
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Jörg Rohde
Frank Schäffler
Marina Schuster
Dr. Max Stadler
Dr. Rainer Stinner
Carl-Ludwig Thiele
Florian Toncar
Christoph Waitz
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
Martin Zeil
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

